



FDP Fraktion: Resolution - Keine Kürzung der Landesmittel für die Aufnahme von Geflüchteten und Integration sowie der Mittel für Straßenbau, ÖPNV und Städtebauförderung

VO/2024/356	Fraktionsantrag öffentlich
öffentlich	Datum: 17.10.2024
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Christiane Ostermeyer

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
18.11.2024	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Sachverhalt

Der Sachverhalt ist der Anlage zu entnehmen.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n:

1	FDP Fraktion Resolution Kürzung der Landesmittel
---	--



Keine Kürzung der Landesmittel für die Aufnahme von Geflüchteten und Integration sowie der Mittel für Straßenbau, ÖPNV und Städtebauförderung

Nach dem Willen der Landesregierung sollen vor allem erhebliche Einschnitte bei den Geldern für die Aufnahme von Geflüchteten, Integration, ÖPNV, Straßenbauförderung und Städtebauförderung erfolgen.

Die Kommunen stehen schon jetzt finanziell mit dem Rücken an der Wand. Einsparungen die so massiv in den Haushalt der Städte und Gemeinden eingreifen sind der falsche Weg.

Schon jetzt sind die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten nicht auskömmlich. Obgleich das Land die Verpflichtung hat die Kommunen von den Kosten freizuhalten. Egal wo man hinschaut: Miete, Verwaltung und Integrationsmaßnahmen; die Kommunen müssen die Differenzen aus eigenen Mitteln ausgleichen. Dies ist so nicht mehr umsetzbar. Die Zahl der Geflüchteten steigt. Die Kommunen sind in der Pflicht die Unterbringung und Integration umzusetzen und sicherzustellen. Diese Aufgabe ist ohnehin eine große Herausforderung, da in den Ämtern und Gemeinden die Kapazitäten an Wohnraum erschöpft sind und auch für die Integration nicht ausreichend Kräfte zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass sich das Land einen schlanken Fuß macht und darauf vertraut, dass Integration allein durch das Ehrenamt erfolgen kann. Dies ist nicht der Fall. Für die Integration bedarf es Fachkräfte. Diese sind allerdings aufgrund der geringen finanziellen Mittel, die schon jetzt nur zur Verfügung gestellt werden, nicht finanzierbar.

Die Kommunen sind die schwächsten Glieder in der Kette. Hier noch Einsparungen vorzunehmen sendet ein völlig falsches Signal in diesen bewegten Zeiten.

Neben den Geldern für der Aufnahme und Integration von Geflüchteten sollen nun auch u.a. die Mittel für ÖPNV (Wegfall der Dynamisierung) und Städtebauförderung erheblich gekürzt werden.

Eine Kürzung der Mittel für Städtebauförderung würde die Wirtschaftskraft dramatisch schwächen. Auf jeden Euro Fördergeld folgt ein Vielfaches an Geld von

anderen öffentlichen und privaten Investitionen. Die Projekte haben jahrelangen Vorlauf in der Erwartung, dass sie weitergeführt werden. Wenn jetzt diese Planungen nicht mehr umgesetzt werden ist das fatal für die Bauwirtschaft und die Kommunen. Im Hinblick auf schon jetzt erheblichen Mangel von Wohnraum müsste hier viel mehr getan werden und nicht weniger.

Das Land erklärt weiter, dass die bisher vorgesehene Dynamisierung der Landesmittel für den kommunalen ÖPNV (Bus und Bahn) aufgehoben wird. Auch hier sind dann die Kreise und somit die Kommunen in der Pflicht einen Ausgleich der Differenz sicherzustellen. Das Ziel sollte sein mehr Menschen dazu zu bewegen mit öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren. Eine Kürzung in diesem Bereich hätte allerdings zur Folge, dass Verbindungen gestrichen werden müssen, da die zu erwartenden jährlichen Mehrkosten an Personal, Instandhaltung und Instandsetzung nicht mehr von den Kommunen und den Kreisen umgesetzt werden können.

Auch die Kürzung der Mittel für Straßenbaumaßnahmen der Kommunen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz reißen ein großes Loch in die Gemeindehaushalte.

Die Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben und Anordnungen auferlegt. Gleich ob von Bund oder Land und sind in der Verpflichtung diese umzusetzen. Hier wird das Beispiel der OGS (Offene Ganztagschule) – verpflichtend ab 2025- genannt. Die Schulverbände/Kommunen müssen Räumlichkeiten dafür zur Verfügung stellen. Diese müssen vielerorts erst gebaut, saniert oder angemietet werden. Weiter müssen Fachkräfte eingestellt werden.

Eine Finanzierung dieser auferlegten Aufgaben wird immer mehr von den Kreisen und den Kommunen erwartet.

Wir fordern den Landtag dazu auf, diesem Plan der Landesregierung nicht zuzustimmen und somit dafür zu sorgen, dass bezüglich der den Gemeinden auferlegten Aufgaben keine finanziellen Nachteile entstehen.

FDP Kreistagsfraktion

Rendsburg-Eckernförde

Tina Schuster